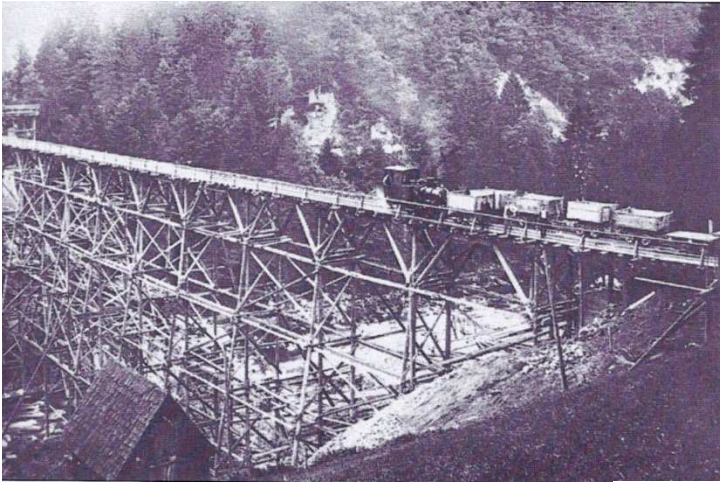


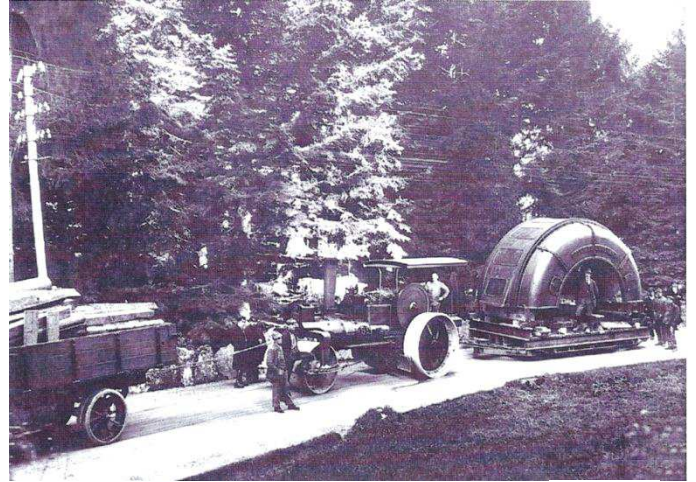
Strom für Baden!

Elektrizität, Energiepolitik und Bau des „Murgwerks“ bei Forbach 1890 bis 1926

Der Text zitiert in weiten Teilen einen gleichnamigen Artikel Bernhard Stiers, erschienen in: Beiträge zur Landeskunde. Regelmäßige Beilage zum Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, Nr. 6 (1993), S. 1-7.



© EnBW



© EnBW

Um das Murgtal zur Wasserkraft elektrifizieren zu können, mussten zunächst Eisenbahnverbindungen geschaffen, kilometerlange Tunnel durch Granitfelsen gegraben, Stauseen errichtet, Brücken gebaut werden. Und das alles mit den vergleichsweise bescheidenen technischen Mitteln des frühen 20. Jahrhunderts.

Auf dem linken Bild sieht man eine provisorische Eisenbahnbrücke. Für den Bau der Schwarzenbach-Talsperre war eine durchgehende Eisenbahnverbindung bis nach Raumünzach (5 km südlich von Forbach) erforderlich, um die Baumaterialien heranschaffen zu können. Raumünzach wurde 1915 ans Eisenbahnnetz angeschlossen.

Rechts: Mit abenteuerlichen Zugkonstruktionen – hier hintereinander gespannt ein „Lastkraftwagen“ und eine Straßenwalze – wurden die schweren Maschinenteile der Stromgeneratoren zum Krafthaus nach Forbach transportiert (um 1917).

Die Elektrifizierung Badens um 1913/14

1913/14 war etwa ein Drittel der Gemeinden des Großherzogtums Baden an Elektrizität angeschlossen – was allerdings nur besagte, dass an dem betreffenden Ort ein Elektrizitätswerk mit der Möglichkeit zum Anschluss für Privathaushalte und Gewerbe bestand, nicht aber, ob dieses auch tatsächlich genutzt wurde. Vorallem jedoch verbargen sich hinter dem Durchschnittswert beträchtliche regionale Unterschiede. Weitgehend „stromlos“ war beispielsweise der Raum zwischen Rastatt und Heidelberg. Mit dem Bau eines großen Wasserkraftwerks oberhalb von Forbach sollte sich dies ändern.

Kraftwerke zur lokalen Stromversorgung bestanden in Deutschland seit Mitte der 1880er Jahre, und bald sprachen Fachleute und Laien davon, dass mit dieser Technologie ein neues „Zeitalter der Elektrizität“ begonnen habe: Als Hoffnungsträger für Wirtschaft und Gesellschaft versprach die neue Technologie, unendliche Mengen billiger Energie – unentbehrlicher Motor des Wachstums – zu erschließen und damit der industriellen Zivilisation alle Zukunftssorgen zu nehmen. Die Elektrizität würde, so die allgemeine Überzeugung, den Menschen aus den Zwängen der Knappheit befreien und ihm zu einer „höheren Stufe des Daseins“ verhelfen.

Anfänge am Hochrhein

Für das Großherzogtum Baden begann das Abenteuer der Elektrifizierung um 1890 – am Hochrhein in der Nähe der verschlafenen Bahnstation Rheinfelden. Ein Konsortium unter Führung des Branchenriesen „Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft“ erhielt im Jahr 1894 die Konzession (staatlich

verliehenes Nutzungsrecht) für eine Wasserkraftanlage von etwa 16.000 PS Leistung bei Rheinfelden; als größtes europäisches Wasserkraftwerk ging die Anlage 1898 in Betrieb. Durch die Elektrizität nahm Rheinfelden einen gewaltigen Aufschwung und entwickelte sich zur aufstrebenden Industrie Region mit „beinahe amerikanischem“ Charakter: Gerade hier entzündete sich aber auch Kritik an der privatwirtschaftlichen Ausbeutung der Wasserkraft.

Wem nützt die neue Energie?

Die Elektrizität trat als Konkurrenz gegenüber Öl und Kohle, Petroleumbeleuchtung und Dampfmaschine auf. Die wenigen, großen Stromproduzenten kalkulierten ihre Tarife deshalb so, dass sie knapp unter denen bisheriger Energieträger lagen. Solch gewinnorientiertes Verhalten entsprach durchaus der Logik kapitalistischer Wirtschaftsweise, nicht jedoch den Interessen der Stromverbraucher. Diese erwarteten eine möglichst günstige Versorgung und volle Weitergabe der finanziellen Vorteile der Elektrizitätserzeugung aus Wasserkraft. Als einer der ersten Zeitgenossen kritisierte Alfred Klingele öffentlich die bisherige Praxis der Konzessionsvergabe, die wertvolles Volksvermögen skrupellosen preußischen und Schweizer Spekulanten ausliefere. Der badische Staat, so hielt Klingele der Regierung zornig vor, spiele den großen Kapitalgesellschaften in die Hände, verrate die Interessen der Kommunen am Hochrhein, ja des ganzen Landes, und sei dabei, die Segnungen von Natur und Elektrotechnik freiwillig, vorsätzlich und ohne Kenntnis ihres wahren Wertes für immer den privaten Monopolen auszuliefern. Tatsächlich hatte der Staat die Rheinfeldener Wasserkraft ohne besondere Nutzungsgebühr und auf ewige Zeiten vergeben.



© Wikipedia

In Rheinfelden wurde 1898 das damals größte Wasserkraftwerk Europas mit einer Leistung von 10 Megawatt in Betrieb genommen. Zum Vergleich: Die durchschnittliche Leistung 2011 installierter Windkraftanlagen betrug 2,2 Megawatt. Das Großherzogtum Baden hatte dem privaten Betreiberunternehmen eine Konzession auf 90 Jahre erteilt. Übrigens: In der Deutschlandversion von Monopoly befindet sich anstelle der im klassischen Spiel üblichen Grundstückskarte „Wasserkraftwerk“ die Karte „Wasserkraftwerk Rheinfelden“.

Alle Wasserkraft dem Volk!

Unter dem wachsenden Druck von Parlament und öffentlicher Meinung schloss sich auch die Regierung bald der Auffassung an, dass der Nutzen der neuen Technik der Allgemeinheit zugute kommen müsse. In der 1907 erteilten Konzession für ein großes Wasserkraftwerk oberhalb von Basel waren öffentliche Interessen durch detaillierte Bestimmungen abgesichert: Tarifaufsicht und Festsetzung von Höchstpreisen durch das Innenministerium, Rückvergütungen an die Kunden bei großen Betriebsüberschüssen sowie Preisnachlässe für öffentliche Stromabnehmer. Die Kraftwerksbetreiber wurden verpflichtet, die gewonnene Energie „nicht ausschließlich oder vorzugsweise nur an einzelne größere Unternehmen“ abzugeben, sondern bis zu 60 Prozent der Kraftwerksleistung für das Kleingewerbe – Hausindustrie, Handwerk und Landwirtschaft – zu reservieren. Damit vollzog sich ein deutlicher Wandel von der bisherigen Praxis des „Laissez-faire“ hin zu staatlicher Regulierung.

Noch einen Schritt weiter ging das Land Baden mit dem Baudes „Murgwerks“, das erstmals 1918 Strom lieferte. Das Murgwerk nutzte die beträchtlichen Wasserkräfte des nördlichen Schwarzwaldes, einer der regenreichsten Gegenden Deutschlands. Den bestehenden privaten Kraftwerken und Verteilungsanlagen trat jetzt ein staatliches Unternehmen an die Seite. Damit kam eine neuartige Energiepolitik zum Durchbruch: Gegen die privatwirtschaftliche Ausbeutung des Gemeingutes Wasserkraft gerichtet, war es ihr Ziel, durch staatliche Eingriffe die „Segnungen“ der Elektrizität und auch die Vorteile einer preisgünstigen Energieversorgung dem ganzen Land zugute kommen zu lassen. Darüber hinaus sollte die Marktmacht der monopolistischen Anbieter gebrochen werden. Nun, dank eines staatlich kontrollierten Konkurrenten, konnten die wenigen großen Stromanbieter Preise und Bedingungen der Stromverteilung nicht mehr „diktieren“.

Die Gesetzesvorlage über den „Bau und Betrieb eines Murgwerks durch den Staat“, die Innenminister Bodmann im Juni 1912 dem Landtag zuleitete, wurde folgendermaßen begründet:

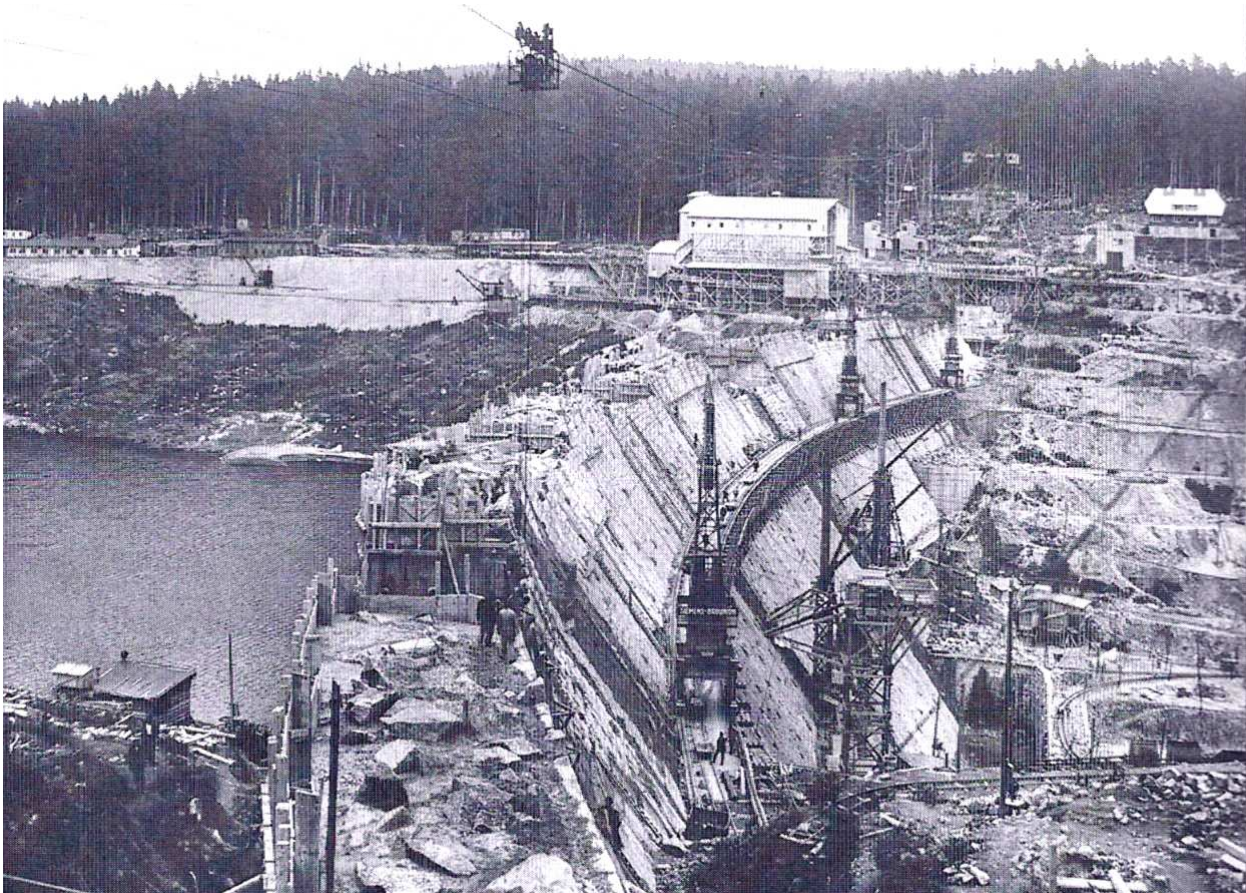
[Es unterliegt] keinem Zweifel, dass die Elektrizität sich immer mehr in allen Betrieben, von den größten gewerblichen und kommunalen bis in die kleinsten landwirtschaftlichen und häuslichen Betriebe einbürgern und mit der Zeit überall ein unentbehrliches Betriebsmittel sein wird. Bei dieser Bedeutung der Elektrizität erscheint es nicht angängig, ihre Erzeugung und Verteilung ausschließlich in die Hand der Privatunternehmungen zu geben, sondern als Pflicht der öffentlichen Körperschaften, sich hierauf einen maßgebenden Einfluss zu sichern und dahin zu wirken, daß die elektrische Energie zu möglichst billigen Preisen den weitesten Kreisen zugänglich gemacht wird. [Das Murgwerk] ist dazu da, dem badischen Lande billige Elektrizität, billige Kraft zu liefern; [es dient nicht etwa] zur Gewinnung von Mitteln für den Staat, sondern zur Nahrung und Hebung des Wohlstandes“.

Eingeholte Gutachten bewiesen die Wirtschaftlichkeit des Projektes. Die Herstellungskosten je Kilowattstunde lagen beim modernsten badischen Dampfkraftwerk bei mindestens vier Pfennig, ein Preis, mit dem das Murgwerk in jedem Fall konkurrieren konnte. Neben den geringeren Produktionskosten sprach ein weiteres politisches und wirtschaftliches Argument für die Wasserkraft: Baden ist rohstoffarm. Die Wasserkraft bot nun die Chance, Badens Abhängigkeit von Kohleimporten zu verringern. So brachte die Badener Abgeordnetenkammer das Murgwerk 1912 auf den Weg.

Als 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, wurden die Bauarbeiten vorübergehend eingestellt. Hatte ein derart teures und langfristig angelegtes Projekt in Kriegszeiten überhaupt noch Sinn? Dann aber wirkte der Krieg sogar als Beschleuniger der Elektrifizierung, denn je stärker er die Wirtschaft für die Rüstungsproduktion beanspruchte, desto mehr stieg die Nachfrage nach elektrischer Energie bei gleichzeitigem Kohlemangel. Bis Herbst 1917 stiegen die Kohlepreise auf etwa das Doppelte des Vorkriegsniveaus, der Bedarf war nicht mehr gedeckt. In Baden mussten kriegswichtige Betriebe, darunter Waffen- und Munitionsfabriken, zeitweise stillgelegt werden. Auch die Dampfkraftwerke litten unter der Kohleknappheit. Bald herrschte überall ein empfindlicher Mangel

an elektrischer Energie. So erhoffte man sich von dem Wasserkraftwerk möglichst schnell Entlastung. Diese kam allerdings zu spät. Als das Hauptkraftwerk Mitte November 1918 den Betrieb aufnahm, war der Krieg zu Ende. Doch auch in der bitterarmen Nachkriegszeit wurde Elektrizität dringend gebraucht. Die Monarchie existierte nun nicht

mehr, aber auch der neue, demokratische Staat legte trotz seiner dramatischen Geldnot größten Wert auf den Ausbau der Elektrizität in ganz Deutschland. So wurde das Murgwerk (heute: Rudolf-Fettweis-Kraftwerk) mit dem Bau der Schwarzenbach-Talsperre (1922-1926) in seiner ursprünglichen Planung von 1910 fertig gestellt.



© EnBW

Seinerzeit eine der größten Baustellen Deutschlands: die Schwarzenbach-Talsperre, errichtet 1922-1926. Zeitweise arbeiteten bis zu 2500 Arbeiter gleichzeitig an dem Bauwerk. Für die Bauzeit wurde eigens eine kleine Stadt mit Unterkünften und Geschäften, einem Friseur und einem Kino eingerichtet.

Aufgaben

- 1) Versetzen Sie sich in die Rolle Alfred Klingeles. Schreiben Sie anlässlich der Einweihung des Wasserkraftwerkes Rheinfelden 1898 einen kurzen Leserbrief an die „Neue Badische Landeszeitung“, in dem Sie Ihre Kritik an der Energiepolitik Badens in zugespitzter Form anbringen. Formulieren Sie dabei selbst! Vermeiden Sie Wendungen, die Sie auf diesem Blatt im Zusammenhang mit der Kritik Klingeles vorfinden.
- 2) Diskutieren Sie: Hat Alfred Klingele Ihrer Meinung nach Recht? Welche Argumente könnten die großen, privaten Energiebetriebe dagegen halten?
- 3) Bei der Planung des Großprojekts „Murgwerk“ ging es dem Großherzogtum Baden vorrangig nicht darum, mit Wasserkraft Geld zu verdienen. Überhaupt war es eher unüblich, dass ein Staat in die Rolle des Unternehmers schlüpfte. Ermitteln Sie im Text *mindestens vier Gründe*, die das Land Baden zu diesem Schritt bewegen haben, und erläutern Sie diese.
- 4) Sie haben in Aufgabe 3) Gründe ermittelt, warum das Großherzogtum Baden gezielt in die Energiewirtschaft eingriff. Vergleichen Sie *die Ziele der damaligen staatlichen Energiepolitik* mit den *Zielen heutiger Energiepolitik* (in Deutschland). Vermutlich erfordert diese Aufgabe eine kurze Internetrecherche. Unter dem Schlagwort „Energiepolitik“ werden Sie beispielsweise bei Wikipedia fündig.